

DEUTSCHLAND

CDU/CSU: Im Sonthofener Stil zum Sieg?

Die Unions-Führer sind uneins, wie sie den Bundestagswahlkampf führen sollen: Nach Strauß-Art mit harter Konfrontation oder, wie Kohl empfiehlt, mit sachlichen Argu-

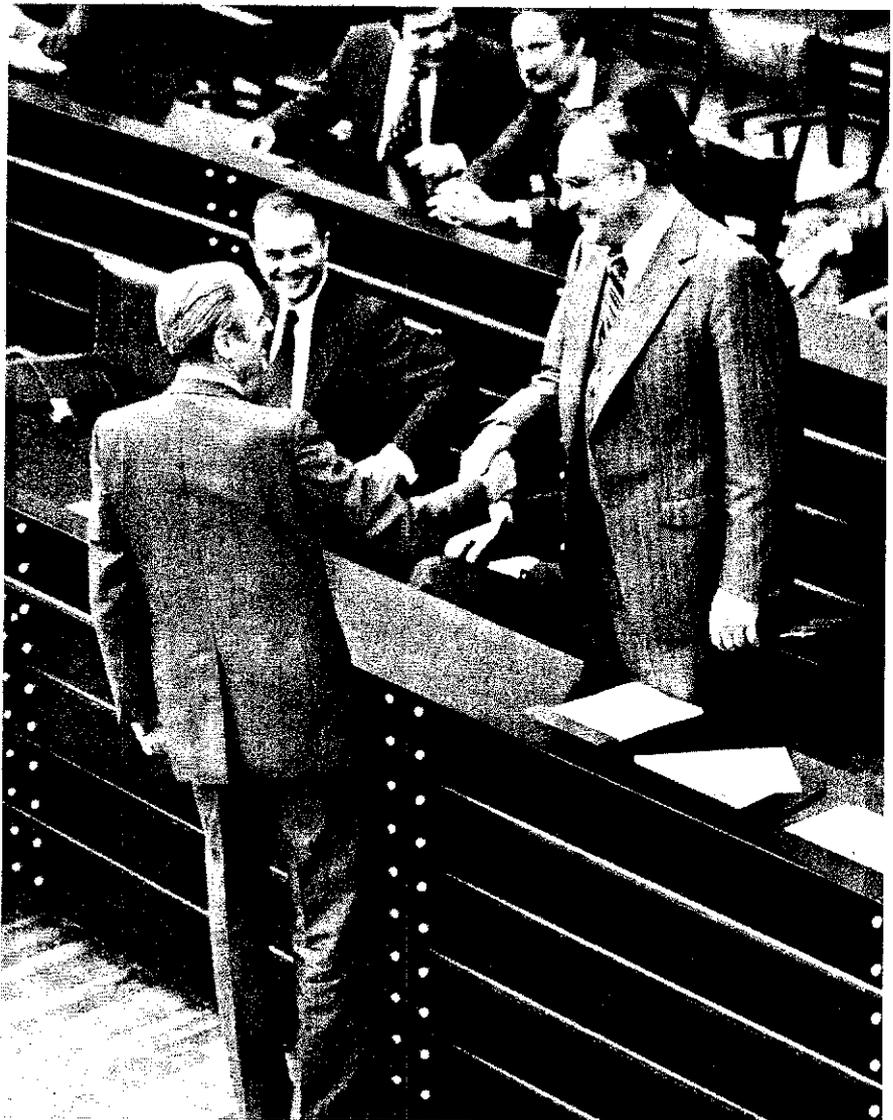
menten. Die Strauß-Fraktion setzt, auch beim Kampf gegen die Polen-Verträge, auf Wähler-Emotionen. Kohls Taktik zielt darauf ab, die FDP als Partner zu gewinnen.

Öffentlich, vor dem Deutschen Bundestag, trat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Karl Carstens am Donnerstag letzter Woche als Gentleman auf: Jenen 15 Unions-Abgeordneten, die anders als ihre Fraktion ja zu den Polen-Vereinbarungen sagen wollten, „diesen Kollegen bezeuge ich meinen und bezeugt meine Fraktion ihren Respekt“.

Zwei Tage zuvor, in einer Fraktions-sitzung, hatte Carstens sich den Dissidenten gegenüber noch von ganz anderer Seite gezeigt. Über den Carstens-Auftritt urteilte einer der Abweichler, ein CDU-Präsidiumsmitglied: „Eine Kreuzung von Papen und Hugenberg“ — von dem einstigen Reichskanzler habe Carstens das vornehme Gehabe, von dem schwarzweißbroten Hetzverleger der Weimarer Zeit die Tonlage übernommen.

Wie auf einer Wahlversammlung hatte der Fraktionschef die Stimmung seiner Truppe gegen das Vertragswerk und gegen die Unions-Dissidenten angeheizt. Das Protokoll über die Ausreise von 125 000 Deutschen aus Polen und die Kredit- und Rentenzusage an Warschau in Höhe von zusammen 2,3 Milliarden Mark prangerte er als „Machwerk“ an: „die primitivsten Grundsätze“ der Verhandlungskunst seien vernachlässigt, „deutsche Interessen miserabel“ vertreten worden.

Wider besseres Wissen beharrte der Staatsrechtsprofessor darauf, das Ausreiseprotokoll sei völkerrechtlich für Polen weniger verbindlich als Bonns Zahlungsverpflichtung. Dabei hatte der Justitiar der Unionsfraktion und Vertragsbefürworter Paul Mikat dem Fraktionsvorsitzenden eben erst aus-



Unionsführer Carstens, Kohl*: Angst vor dem Jein

* Am 19. Februar im Bundestag, sitzend Niedersachsen-Ministerpräsident Ernst Albrecht.

Wer kann sich nicht bergen?

Der Bundesrat ist ein selbständiges Verfassungsorgan. Im Bundesrat stimmt jedes Bundesland so ab, wie seine Vertreter von der jeweiligen Regierung instruiert werden. In den Länderkabinetten entscheidet die einfache Mehrheit. In Niedersachsen, dessen Kabinett aus dem Ministerpräsidenten und vier Ministern besteht, genügt also eine Mehrheit von drei Personen, denen niemand kommandieren kann.

Drei Männer in Niedersachsen, ins Amt gelangt nicht durch Volkswahlen sondern durch zwei Dunkelstimmen, entscheiden demnach über das Zustandekommen des vom Bundestag verabschiedeten Vertragswerks mit Polen. Röder im Saarland, entweder pfiffig oder verantwortungsbewußt, hat sich schon für Zustimmung entschieden. Stoltenberg in Kiel aber verläßt ohnehin nie die Deckung, es sei denn, er liege hinter einer Wanderdüne. Nur, da gibt es ja noch Kohl.

Noch hat niemand bestritten, daß Kohl die Verträge vor sechs Wochen noch passieren lassen wollte, mit Röders, des Schwächsten, Hilfe. Als unabhängiger und in Rheinland-Pfalz unumstrittener Ministerpräsident mochte Kohl nicht tätig werden. Schließlich ist er Bundeskanzler-Anwärter, und in „Fragen von nationaler Bedeutung“ hört die Bundestagsfraktion von CDU und CSU mehr auf Strauß und Dregger als auf ihren künftigen Regierungschef. Röder mußte ran.

Ja, so war's mit Schmidt und Genscher verabredet, und so hätte alles ja auch laufen können. Wer muß schon solch einen Glücksfall befürchten, daß zwei große oder kleine Unbekannte sich einen neuen Ministerpräsidenten wählen! Was sollte Kohl nun tun? Selber zustimmen? Dann hätte Strauß ihn in der Luft zerrissen.

Dabei hatte Ernst Albrecht, dieser Minderheits-König, schon leichtberzig mit Blankoscheinen um sich geworfen. So schlecht schienen ihm die Vereinbarungen nun auch wieder nicht, daß er sie bei Zug-um-Zug-Lieferung von zwei FDP-Ministern nicht hätte passieren lassen. Kaum angeboten, da war die Reue groß. Röder, Röder, leih mir deine Erfahrung! Kohl und Albrecht, diese beiden Glückspilze, studieren nun gemeinsam auf Unglücksrabben. Wie

soll Kohl je Kanzler werden, und Albrecht je eine parlamentarische Mehrheit bekommen, wenn sie persönlich Genschers Herzensvertrag zu Fall bringen?

Sie signalisieren wild, man möge ihnen die Kalamität ersparen. Das Rentenabkommen, der einzig zustimmungspflichtige Teil des Vertragswerks, könne doch durch eine Prozedur zu Lasten des Bundeshaushalts ersetzt werden, ohne Länder und ihre Zustimmung. Aber auch wenn Genscher das wollte: Kanzler Schmidt will nicht.

Man hat ihm zugeschoben, ihm wäre eine Ablehnung der Polenvereinbarungen ganz lieb, weil er die Wahlen dann leichter gewinnen und die Koalition besser über die Wahlen hinweg zusammenhalten könnte. Mag sein. Nur, wo man Kohl nachweisen kann, daß er die Verträge eigentlich will, fällt der Nachweis schwer, daß Schmidt sie nicht mehr will.

Er tut ja, was er kann. Nur weigert er sich, der CDU durch eine nachträgliche Manipulation den Offenbarungseid zu ersparen. Lieber läßt er sich einen Mafioso nennen, als Kohl aus dem Regen zu holen. Daß Kohl will, aber nicht wollen darf: Schmidt sagt es, und er hat vorsichtshalber für einen Zeugen gesorgt; Genscher war zur Stelle.

Mag auch die „FAZ“ noch so sehr um eine „Bergungsaktion“ barmen — die doppelte Zunge der Union, seit schier dreißig Jahren gespalten, soll genagelt werden. Es gibt keinen Grund, den Rententeil der Vereinbarungen, und nur er ist zustimmungspflichtig, abzulehnen. Entgegen allen Anklagen der Christenpartei erbringt nämlich die Bundesrepublik für dies zweite Polen-Vertragswerk keine Gegenleistung, sie zahlt gar keinen Preis. Würden nämlich die Verträge zuschanden, müßten wir kraft innerdeutschen Rechts mehr bezahlen.

Der smarte Albrecht, dem Polen-Skrupel ohnehin fremd sind, könnte also immer noch ein doppeltes Geschäft machen: eins für seine eigene Zukunft, indem nämlich die FDP nach dem 3. Oktober freiwillig zu ihm ins Bett kröche, und eins im Interesse aller Steuerzahler; Kohl, diesen „engagierten Freund der polnischen Geschichte und der polnischen Zukunft“ (Kohl), gar nicht gerechnet. Think it over, sonny.

fürhlich klargemacht, daß die vom deutschen und vom polnischen Außenminister unterzeichnete Ausreise-Vereinbarung dieselbe völkerrechtliche Wirksamkeit habe wie Kredit- und Rentenverträge.

Doch die Fraktion hörte auf Carstens. In der Sitzung am Dienstagmittag machte sich gegen die Abweichler „Pogrom-Stimmung“ breit, wie einer der Betroffenen empfand. Die Masse der Abgeordneten johlte und trommelte Beifall, als Kollegen von der Hinterbank gegen die Vertragsanhänger zu Felde zogen.

CDU-MdB Hansjörg Häfele und der von der SPD zur CSU übergelaufene Münchner Günther Müller forderten Konsequenzen für die Befürworter der Vereinbarungen. Es sei unerträglich, daß die Ja-Sager Hans Katzer und Rainer Barzel in der Führungsmannschaft der Union säßen. Auch müßten CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Richard von Weizsäcker nun von ihren Ämtern zurücktreten. Barzel: „Alle meine Ämter könnt ihr haben, mein Gewissen nicht.“

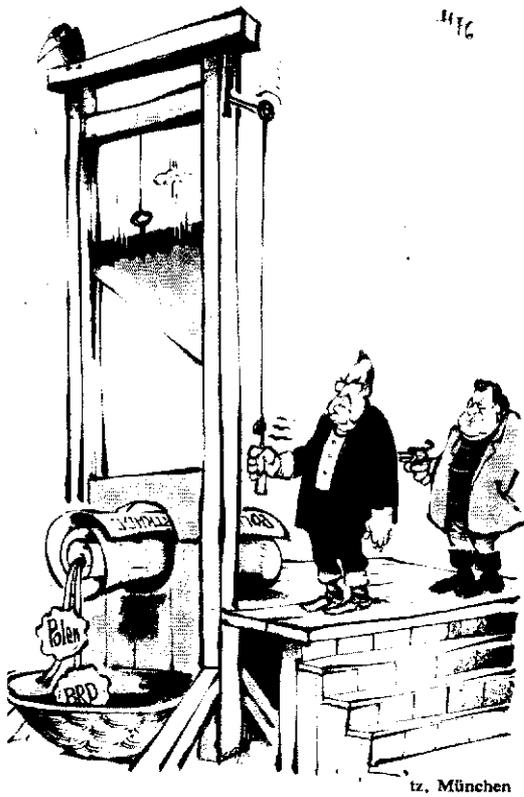
Carstens erklärte sich außerstande, in seiner Rede vor dem Bundestagsplenum am letzten Donnerstag, wie ursprünglich verabredet, die Argumente der Vertragsfreunde in der Union mitzuvortreten: Sonst entkräfte er die eigenen Argumente, da gebe es keine Brücke. So erhielt schließlich Weizsäcker als Sprecher der Abweichler die Erlaubnis zum öffentlichen Auftritt.

Bei den Jagdszenen in der Unionsfraktion ging es indessen nur vordergründig um Polen. Tiefere Ursache des Streits ist die verbissene innerparteiliche Auseinandersetzung um die Frage, mit welchem Konzept CDU und CSU am ehesten die Macht in Bonn zurückerobern könnten.

Gegeneinander streiten die Anhänger einer harten Konfrontation, so wie sie Franz Josef Strauß in seiner Sonthofener Kampfreden vorgezeichnet hat, und die Befürworter eines argumentativen Wahlkampfes gegen die Sozialliberalen, wie ihn der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl und Generalsekretär Kurt Biedenkopf empfehlen.

Mit der Blockade der Polenvereinbarungen im Bundesrat möchten die Sonthofener zum Wahlkampf-Auftakt ein Krawall-Signal setzen — unter der Parole „Freiheit gegen Sozialismus“.

Nach ihrer Überzeugung zählt allein, ob die Opposition Alternativen zu bieten hat, die den Emotionen der Bürger entgegenkommen. Bei Strauß, Carstens und dem Rechts-Hessen Alfred Dregger wirkt das Trauma der Barzel-Ära weiter, die Erinnerung daran, daß sich die Christen-Union 1972 in ein „Jein“ rettete und durch Stimmenthaltung die Ostverträge passieren ließ. Carstens, aber auch der baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger, der



tz, München

daheim bei der Landtagswahl am 4. April seine absolute Mehrheit verteidigen muß, berufen sich bei ihrem Polen-Nein auf Meinungsumfragen, die ihnen tiefsitzende antipolnische Ressentiments in der Bevölkerung anzeigen.

Dagegen steht die Kohl-Linie des differenzierten Wahlkampfes, der sowohl auf Wechselwähler der Mitte wie auch auf ein späteres Bündnis mit den Freidemokraten zielt.

Die Hartmacher um Carstens bauen darauf, daß bei einem knappen Wahlausgang die Liberalen so oder so in die Unionskoalition einschwenken müßten, weil nur auf diese Weise eine stabile Regierung gebildet werden könne. Kohl hingegen glaubt, die Union müsse den Liberalen schon etwas bieten und Koalitionsfähigkeit durch sachliche politische Aussagen nachweisen. Der CDU-Vorsitzende nimmt überdies die Warnung seines Wunschnachbarn Hans-Dietrich Genscher ernst, daß auf absehbare Zeit nichts aus einer Zusammenarbeit zwischen CDU/CSU und FDP werden könne, wenn die von ihm unterschriebenen Polen-Vereinbarungen am Unions-Nein scheitern.

Am letzten Donnerstag brachte Kohl im Bundestag dann allerdings seine eigene Strategie durcheinander. Bis dahin hatte er Genscher an eine heimliche Allianz glauben lassen. Der CDU-Vorsitzende, so mußte dem FDP-Mann scheinen, werde schon trotz seines öffentlichen Neins zu den Polen-Vereinbarungen irgendwie für ein Ja im Bundesrat sorgen und damit die Tür für eine Bürgerkoalition offenhalten.

Gereizt durch indiskrete Andeutungen des SPD-Kanzlers Helmut Schmidt über Kohls heimliches Ja zu den Vereinbarungen in Gesprächen mit ihm und Außenminister Genscher, beging der Unionsführer einen taktischen Fehler. Er versuchte im Bundestag, Genscher auch öffentlich von Schmidt zu separieren — durch ein dickes Lob für den liberalen Außenminister, der anders als Schmidt die Regeln der Diskretion stets beachtet habe.

Was der „Nachfolger Konrad Adenauers“ (Kohl über Kohl) nicht bedacht hatte: Sein Anbiederungsmanöver zwang den Liberalen-Führer, Schmidt durch eine Zwischenfrage beizuspringen.

Genscher sah sich genötigt, von der Regierungsbank hinabzusteigen und sich als Abgeordneter zu melden. Nach der Art des Krimi-Anwalts Perry Mason stellte er den Mainzer Ministerpräsidenten durch eine einzige Frage bloß: „Würden Sie mir bestätigen, daß der Außenminister in der Erwartung nach Warschau fahren durfte, daß wohl ein Land, das von der CDU regiert wird, sich anders verhält als möglicherweise die anderen...?“

Kohl mußte gestehen, er habe damals eine „besondere Prüfung“ zugesagt. Vor seinen eigenen Leuten war der CDU-Vorsitzende des Doppelspiels überführt.

Dabei stand Kohls Sache noch zwei Tage zuvor gar nicht schlecht. Im Zusammenspiel mit dem neuen Niedersachsen-Ministerpräsidenten Ernst Albrecht war es ihm gelungen, ein endgültiges Nein der CDU/CSU-Ministerpräsidenten bei der gemeinsamen Beratung mit der Unions-Führungsmannschaft zu vermeiden.

Das Kommuniqué der Sitzung verschafft den Vertragsbefürwortern erst einmal Zeitgewinn. Die neue Unions-Forderung, ein „objektives deutsch-polnisches Verfahren“ müsse die Ausreisemöglichkeit für alle Deutschstämmigen und nicht nur für die vereinbarten 125 000 sichern, birgt die Chance, daß CDU-Albrecht doch noch ja sagen kann. Genscher nach einem Gespräch mit dem Niedersachsen-Führer am Dienstagabend vergangener Woche: „Er ist relativ leicht zu bewegen.“

Der FDP-Vorsitzende glaubt auch schon zu wissen, womit Albrechts Wünsche erfüllt werden können. Polnische Diplomaten ließen dem Bonner Außenamt übermitteln, Genscher dürfe mit einer öffentlichen Erklärung des polnischen Außenministers Stefan Olszowski rechnen, in der dieser die offizielle Bonner Interpretation des Polen-Abkommens übernehmen werde. Und eine solche Erklärung des polnischen Amtskollegen, auch wenn sie nur mündlich abgegeben werde, hat laut Genscher volle völkerrechtliche Verbindlichkeit. Olszowski handele „mit Anscheinsvollmacht“ (Genscher), weil

Außenminister nach internationaler Rechtsauffassung zu verbindlichen außenpolitischen Äußerungen von Amts wegen legitimiert seien.

CDU-Albrecht hat bislang öffentlich nicht erkennen lassen, ob er sich mit einer solchen Olszowski-Erklärung zufriedengeben wird. Albrecht-Gesprächspartner Genscher aber zeigte sich am Freitag letzter Woche zuversichtlich, daß die Verträge am 12. März den Bundesrat passieren.

In ihrer Hoffnung, die Operation Machtwechsel werde schließlich doch noch gelingen, sehen sich die Kohliten von allerhöchster Stelle bestärkt. Aus einer vertraulichen Unterhaltung mit Bundespräsident Walter Scheel, einst Mitbegründer der sozialliberalen Koalition, nahm ein CDU-Präsidiumsmitglied den Eindruck mit, auch der Präsident sehe die Zeit für eine Neuorientierung der Liberalen gekommen.

Mindestens 55 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung, so philosophierte das Staatsoberhaupt, wollten die Sozialdemokraten nicht mehr in der Regierung sehen. Er selbst wolle sich in der Wahnacht und danach bereit halten, um für eine stabile Bundesregierung zu sorgen — wenn das Stechen zwischen SPD/FDP und CDU/CSU am 3. Oktober knapp ausgehen sollte.

Als Begründung für die Bereitschaft zur Hilfestellung empfand der



FDP-Chef Genscher
Nach Art des Perry Mason

CDU-Besucher den Hinweis Scheels, Genscher sei nicht der Mann, der sein Herz über die Hürde werfe. Bei einem Koalitionswechsel müsse ein Parteiführer bereit sein, notfalls auf ein Drittel seiner Klientel zu verzichten.

Der Präsident, ganz Vorbild: Wäre er, Walter Scheel, in der Wahnacht 1969 so ein Zauderer gewesen wie Genscher, dann hätte es die sozialliberale Koalition nie gegeben. ◆